

# Oma Müller und die Kapitalmärkte

## Rente, Pflege, Klinikketten: Der Irrsinn der Privatisierung deformiert unseren Sozialstaat

Die Finanzmärkte sind in den vergangenen Monaten Achterbahn gefahren, ganze Staaten mitsamt ihrer Anleihen sind auf Ramschniveau herabgestuft worden, der Euro taumelte von einem Rettungspakt zum anderen. Und was machten die Sozialpolitiker der Bundesregierung? Sie taten so, als gingen sie diese Turbulenzen nichts an – obwohl diese Krise natürlich auch unseren Sozialstaat und seine Finanzierung infrage stellt.

Als Antwort fiel der Bundesregierung bislang nur ein „Weiter so“ ein, das sich zuletzt bei der von den beiden FDP-Gesundheitsministern Dr. Philipp Rösler und Daniel Bahr mehrfach verschobenen Pflegereform manifestierte. Unverdrossen sangen sie und Teile der Union in den vergangenen Monaten das hohe Lied der Privatisierung der Pflege, so als hätte es das Chaos auf den Kapitalmärkten nie gegeben. Nach der „verriesterten“ Rente soll auch die Pflege eine über private Rücklagen finanzierte Säule bekommen. Jeder Versicherte soll einen Teil seines Einkommens anlegen, in der Hoffnung, dass diese Anlage hohe Zinsen abgeworfen hat, wenn er Ärzte, Heimplatz und Pfleger bezahlen muss.

Wo dieser sichere und vor allem lukrative Hafen für die Pflegemilliarden der Deutschen sein soll, haben uns die Verfechter der Privatisierung allerdings nicht verraten. Bahr und seine marktliberalen Mitstreiter tun nach wie vor so, als würde die Verzinsung derartiger Anlagen vom Himmel fallen. Dabei müssen die Zinsen natürlich immer von jemanden, der sich beim Anleger verschuldet hat, erarbeitet werden. Und gerade die aktuelle Finanzkrise sollte gelehrt haben, dass dies eine riskante Wette auf die Zukunft sein kann.

In Zeiten, in denen selbst Staatsanleihen – siehe Griechenland –, die den schönen altmodischen Zusatz „mündelsicher“ tragen, rasant an Wert verlieren können, ist eben nicht garantiert, dass am Schluss tatsächlich etwas zur Finanzierung der Pflege übrig bleibt. Auch in den Lebensversicherungen, die zur Altersvorsorge abgeschlossen wurden, und in den Pensionsfonds werden die Turbulenzen an den Finanzmärkten

beträchtliche Dellen hinterlassen – und damit die Ruhestandsplanungen von Millionen Menschen beeinträchtigen.

Wollen wir diesen Finanzmärkten tatsächlich einen Teil der Alters- und Gesundheitsversorgung von Oma Müller anvertrauen? Wir wollen. Denn die Einführung der Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung wäre nur die konsequente Fortsetzung des Privatisierungs-Irrsinns, der seit gut einem Jahrzehnt alle Ebenen unseres Sozialsystems deformiert.

Private Klinikkonzerne beispielsweise bekommen inzwischen reihenweise kommunale, kirchliche und auch universitäre Krankenhäuser zum Kauf angeboten, weil sie es angeblich besser verstehen, wirtschaftlich zu arbeiten. Dass sich dieses tiefere ökonomische Know-how oft darin erschöpft, staatliche Subventionen abzuschöpfen und anschließend die Mitarbeiter unter Tarif zu bezahlen, interessiert nach der Privatisierung meistens nicht mehr.

Im Gegenteil: Mit den in den Kliniken erwirtschafteten Gewinnen werden Medizinische Versorgungszentren gegründet, Arztsitze aufgekauft und so auf lange Sicht die ambulanten medizinischen Versorgungsstrukturen ganzer Regionen beherrscht. Erst wird privatisiert, dann monopolisiert – und Patienten, Ärzte und Kassen schauen in die Röhre, weil sie dem Preisdiktat weniger, den Kapitalmärkten verpflichteten Anbietern ausgeliefert sind.

Auch die gesetzliche, umlagefinanzierte Rente wurde bereits mit der Riester-Rente teilprivatisiert, doch die Reform geht pfeilgerade an der Zielgruppe vorbei, die man eigentlich erreichen wollte: Untere Einkommenschichten „riestern“ kaum, weil sie sich diese zusätzlichen Ausgaben trotz hoher staatlicher Zuschüsse kaum leisten können. Altersarmut wird also trotz Riester ein drängendes Thema bleiben – und das bei enormen Kosten für den Staat, sprich die Steuerzahler.

Es sprechen also viele Argumente gegen eine allzu unbedachte Privatisierung unserer Versicherungssysteme und Versorgungsstrukturen.

Vor allem, weil das seit Bismarck bewährte Umlageverfahren bei den Sozialversicherungen trotz demografischer Herausforderungen und des medizinischen Fortschritts durchaus zukunftsfest gemacht werden könnte. Man müsste nur endlich den Mut aufbringen, die Beiträge nicht mehr nur auf die Löhne und Gehälter zu berechnen, sondern auch auf Zinsen und Einnahmen aus Vermietungen und Verpachtungen – so wie es die Bürgerversicherung tut. Die wurde schon x-mal von SPD, Grünen und den Gewerkschaften gefordert, scheiterte bislang aber immer am politischen Widerstand von Union und FDP und nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken.

Zuletzt ließ die Linke ihr Konzept einer Bürgerversicherung durchrechnen – mit erstaunlichen Ergebnissen: In einer Zehnjahresprojektion kam heraus, dass vor allem Geringverdiener das Geld, das sie bei den Sozialbeiträgen sparen, fast komplett in den Konsum stecken würden. Ein Nachfrageboom, der wiederum einen Jobboom nach sich ziehen würde, wäre die Folge. 500.000 neue Arbeitsplätze könnten nach Meinung der Linken auf diese Weise entstehen. Vielleicht eine sehr optimistische Annahme – aber allemal verlockender als immer größere Teile unserer sozialen Sicherheit den Kapitalmärkten anzuvertrauen.

### Autor



Armin Jelenik,  
Politik-Redakteur,  
„Nürnberger  
Nachrichten“